

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A large, thick red arrow that starts from the bottom left of the 'AfD' text and points diagonally upwards and to the right, ending near the top right of the 'D'.

## Angebliche „Triage-Gefahr“ war statistisch-künstlich herbeimanipuliert

Am Mittwoch 9.6.2021 im Haushaltsausschuss: Eine ganze REIHE angeblicher Corona-„Verschwörungstheorien“ stellen sich als Realität heraus. Wir erleben MEHR als Institutionenversagen bei Corona: **Wir erleben die institutionalisierte Lüge auf allen Ebenen: Kanzleramt, Gesundheitsministerium, Kliniken, RKI, DIVI!**

Und selbstredend auch in der Mainstreampresse – selbst wenn die BILD nun endlich und viel zu spät die Wahrheit schreiben darf. Ich hatte über all diese Betrügereien in meinen Videos berichtet; viele Wochen und sogar Monate, bevor der BRH das Ganze nun gestern bei uns im Haushaltsausschuss vortragen hat.

**Die monatelangen und für alle Corona-Maßnahmen seit März 2020 kau-salen Behauptungen der Regierung und des RKI von „drohender Triage“ wurden vorsätzlich (!) von der Regierung selbst mit Scheinfakten zur KH-(Voll-)Belegung scheinplausibilisiert! Und ALLE spielten mit – und tun es weitgehend bis heute!**

Der „Stammtisch“, die AfD und die ach-so-pöhsen „Corona-Leugner“, die in Wirklichkeit einfach nur die Entscheidungsparameter des Lock-downs hinterfragten, hatten einfach nur recht. Und wann rollen politisch Köpfe? Stattdessen wird morgen

(11.6.2021) im Bundestag (natürlich gegen unsere Stimmen) die epidemi-sche Notlage nochmals gegen jede Notlagen-Inzidenz verlängert!

\*\*\*\*\*

Auszug BILD:

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/rechnungshof-bericht-haben-die-kliniken-bei-intensivbetten-manipuliert-76688264.bild.html>

10.06.2021

**Brisanter Rechnungshof-Bericht: Haben die Kliniken bei Intensivbetten gelogen?**

**Meldeten die Krankenhäuser in der Corona-Krise weniger freie Intensivbetten, als sie wirklich hatten?**

Noch am 16. April warb Bundeskanzlerin **Angela Merkel** für die „Bundesnotbremse“ im Bundestag: „**Die Intensivmediziner senden einen Hilferuf nach dem anderen.**“

DIVI-Präsident **Gernot Marx** (55) warnte Ende März: „Wir rennen sehenden Auges ins Verderben.“ Auch er forderte einen schnellen Lock-down.

**Nun ist klar: Zu diesem Zeitpunkt wusste das RKI bereits, dass Krankenhäuser falsche Zahlen über ihre wahre Intensivbetten-Belegung meldeten.**

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Vorsitzender im Haushaltsausschuss

### Ordentliches Mitglied:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

### Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

 <https://t.me/pboehringer>

 [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

 [www.pboehringer.de](http://www.pboehringer.de)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

 [/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

## Corona: "Massive Einschüchterung Andersdenkender"

Im Rahmen meines alternativen Gesprächsformats "NightTalk Berlin" führe ich regelmäßig Gespräche mit Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, die in den Mainstream-Medien kein Gehör für Ihr Anliegen finden. Nach mehreren Politikern, Journalisten, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern war diesen Monat mit Silvia Loew eine Bürgerin zu Gast. Frau Loew schildert uns eindrücklich, wie sie sich im Zuge der Corona Grundrechtseinschränkungen zunehmend politisiert hat und von einer einfachen Teilnehmerin einer Demonstration schließlich zu einer Organisatorin von Bürgerprotesten in Weiden in der Oberpfalz entwickelte - um

schließlich für fünf Tage in der JVA Nürnberg eingesperrt zu werden. Sie berichtet über ihre Eindrücke von den Corona Protesten und wie normale Bürger, Leistungsträger unserer Gesellschaft, von Medien und Altparteien als radikal diffamiert werden. Wasserwerfer gegen Demonstranten und gewaltsame Übergriffe beschreibt sie als massive Einschüchterung Andersdenkender.

Auf [Night Talk Berlin – Das alternative Talkformat \(nighttalk-berlin.de\)](https://nighttalk-berlin.de) finden Sie die aktuelle Sendung wie auch die bereits zehntausendfach angesehenen früheren Beiträge - zum Beispiel mit Serge Menga und Angelika Barbe.



### Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Auswärtigen Ausschuss
- Mitglied im EU-Ausschuss
- Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- u. Bildungspolitik
- Mitglied im Kuratorium der Bundesstiftung KENFO

✉ [petr.bystron@bundestag.de](mailto:petr.bystron@bundestag.de)

f /bystronpetr

www [www.petrbystron.de](http://www.petrbystron.de)

## Schlechte Holzpreise, Druck auf Waldbesitzer wächst weiter!

Unsere Landwirtschaftsministerin Klöckner hat zum zweiten Mal zum Nationalen Waldgipfel gerufen, mit der Aussicht die Waldbesitzer unter Euch, reich zu belohnen. Die neue Idee klingt zunächst vielversprechend, eine Honorierung der „Ökosystemleistungen“ soll nun auf den Weg gebracht werden. Wer Wald besitzt, speichert CO<sub>2</sub> in Form von Holz mit jedem neu gepflanzten Baum in seinem Wald. Das soll nun mit einem Sockelbeitrag für besonders „klimaresiliente“ Wälder honoriert werden. Maßstab soll die Art und der Zustand des jeweiligen Waldes sein. Einen Aufschlag erhält, wer Holz in langlebigen Holzprodukten verwendet. Wie soll der Waldbesitzer das ohne Not nachweisen können? Mit einem weiteren Zertifikat, noch mehr Bürokratie und viel Aufwand! Die Forderungen zu CO<sub>2</sub>-Absenkungen sind ruinös. Gleiches gilt für die sogenannte Einschlagstoppverordnung für Fichten. Das alles muss sofort vom Tisch! Zudem muss der EU die Kontrolle der Förderung der Forstwirtschaft entzogen werden. Wir fordern eine nationale Kraftanstrengung für die Zukunft der Waldbauern. Dazu gehört, künftig wieder verstärkt mit Holz zu bauen und entsprechend mehr Bauholz verfügbar zu machen. Ich habe mich als Einziger dagegen gestellt und für keine weitere bürokratische Knebelung unserer Waldbesitzer plädiert. In den letzten Jahren wurden durch geringe Holzverkäufe und niedrige Rundholzpreise, durch das hohe Schadholzaufkommen beinahe alle finanziellen Reserven aufgebraucht. Den Waldbesitzervereinigungen fehlt es an verlässlichen Einnahmequellen, um weitere Leistungen für den Kleinprivatwald und unsere „grün-ideologische Gesellschaftsform“ erbringen zu können. Schluss damit! Keine neuen Zertifizierungssysteme, keine strengeren Regelungen im Naturschutzgesetz, keine weiteren Waldflächen mehr aus der Nutzung nehmen!

Schluss Damit!



### Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)



## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

#### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

## Das Ziel sind 180 Euro

In der letzten Sitzungswoche soll die Neufassung des Klimaschutzgesetzes durch den Deutschen Bundestag gepeitscht werden. Öffentliche Anhörung am Montag, Sondersitzung des Umweltausschusses am Dienstag, Abstimmung im Plenum am Donnerstag oder Freitag.

Die Bundesregierung wird damit die geplanten Einsparziele verschärfen. Aber auch die CO<sub>2</sub> Abgabe soll mit diesem Gesetz schneller anwachsen als ursprünglich geplant. Wir erinnern uns. Ursprünglich mit 10 Euro pro Tonne geplant, setzte der grün dominierte Bundesrat bereits vor Einführung 25 Euro pro Tonne durch. Die Erhöhung der CO<sub>2</sub> Abgabe ist seitdem ein heftiger Streitpunkt für die zukünftige Finanzplanung der Regierung. Das Geld wird benötigt, um die gesellschaftlichen Umverteilungsphantasien der linken Parteien zu finanzieren.

Aus der Ecke der roten und grünen Kulturmarxisten ertönt aber bereits die Forderung, diese Abgabe auf 180 Euro pro Tonne zu erhöhen. Im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung wurde dieses Ziel von „Experten“ verschiedenster Organisationen immer wieder benannt. Dass dort aus unterschiedlichsten Quellen immer wieder der gleiche, willkürliche Betrag auf-

taucht legt nahe, dass sich der gesamte links-ökosozialistische Komplex bereits auf diesen Wert geeinigt hat.

Nach der Vorstellung der Sozialisten soll das damit eingenommene Geld dazu verwendet werden, all ihre ineffizienten, unwirtschaftlichen und unproduktiven Klima-, Umwelt- und Sozialphantasien zu finanzieren. Den Menschen soll damit ökosozialistische Zwangs- und Mangelsystem, schmackhaft gemacht werden. Für Unternehmen, die in diesen Sektoren tätig sind, soll durch staatliche Transfergelder künstlich eine Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden, die durch Umstellung auf die grünen Firlefanzmethoden längst verloren gegangen ist. Im Grunde muss jedem klar sein, dass nach dieser grünen Abrißparty von unserer Wirtschaft und unserem Wohlstand nur noch Trümmer übrig sein werden. Dennoch stehen Anwärter für die Förderung abstruser Forschungsprojekte derzeit Schlange.

Die AfD Fraktion im Bundestag will dieses Gesetz verhindern und all seine Begleiterscheinungen, etwa Windenergieanlagen, Verbrennerverbote oder Sanierungszwang verhindern, abschwächen oder wenigstens zeitlich verschleppen.

## Bundeswehr: Eckpunktepapier soll AKK den Ministerposten retten

Kurz vor der Bundestagswahl und mitten im gefährlichen Rückzug aus Afghanistan hat Annegret Kramp-Karrenbauer ein Papier für die „Neuordnung und Zukunft der Bundeswehr“ vorgelegt.

Mit der Begründung, die Sachverhalte seien hinreichend untersucht und es solle bewusst keine große Bundeswehrreform sein, will AKK sich als Verteidigungsministerin über die Wahl hinaus empfehlen und gleichzeitig über die gravierenden Versäumnisse und Affären ihrer jetzigen Amtszeit hinwegtäuschen.

Das Eckpunktepapier sieht vor, die „Kopflastigkeit“ der Bundeswehr durch weniger Stäbe zu verringern und dadurch die Truppe unter Beibehaltung der Gesamtstärke für mögliche bewaffnete Konflikte und internationale Krisen schneller einsatzbereit zu machen. Dazu sollen die militärischen Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst in ihrer jetzigen Form aufgelöst und die Bundeswehr an den vier Dimensionen Land, Luft- und Weltraum, See sowie Cyber- und Informationsraum neu ausgerichtet werden.

Die wirklich drängenden Themen wie Beschaffung und Ausrüstung sowie eine veraltete Infrastruktur und Abbau der lähmenden Bürokratie werden da-

bei kaum angepackt. Vor allem sagt die Ministerin nicht, wie der angestrebte Personalumfang von 203.000 Soldaten tatsächlich erreicht werden soll vor dem Hintergrund, dass die Personalgewinnung nach Aussetzung der Wehrpflicht durch ihren früheren CSU-Amtsvorgänger, Karl-Theodor zu Guttenberg, bis heute nicht kompensiert werden konnte.

AKK traut sich mit Blick auf den Wahlkampf ihres CDU-Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Armin Laschet noch nicht einmal, endlich den Dienstsitz des Ministeriums komplett von Bonn nach Berlin zu legen, sondern hält unverändert an den zwei Standorten fest.

Dafür findet der Klimaaspekt Berücksichtigung. Die Streitkräfte sollen „klimaneutral“ werden. Wie das gehen soll wird nicht beschrieben. Es bleibt abzuwarten, ob AKK überhaupt einer neuen Regierung als (Verteidigungs-) Ministerin angehören wird und was nach dem Corona-Kassensturz von den vagen Absichtserklärungen und „Prüfaufträgen“ des Papiers übrig bleibt.

Für mich steht allerdings fest, dass Plan- und persönliche Profilierungsversuche auf dem Rücken der Bundeswehr und unserer Soldaten endlich aufhören müssen.



**Gerold Otten, MdB**

**Wahlkreis 221: München Land**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

**Stellvertretendes Mitglied:**

- Haushaltsausschuss



/GeroldOttenAfD



@gerold\_otten



/gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)



/t.me/MdB\_Otten

## Rückblick: Der Gegenwind macht uns stark!

Gefälschte Lebensläufe, abgeschriebene Doktorarbeiten, Selbstbedienung an Steuergeldern: So lassen sich die letzten Monate der Altparteien kurz und knapp zusammenfassen. In diesem Sumpf stecken die regierenden Parteien und insbesondere eine, die gerne Kanzler:in wäre. Das Vertrauen in die Politik sinkt massiv.

Die letzte Sitzungswoche der 19. Legislaturperiode ist angebrochen. Wir blicken auf 4 Jahre harte Oppositionsarbeit zurück. Wir wurden von den Altparteien und Medien bis aufs Blut bekämpft. Dabei sind die Feinde der Demokratie woanders. In der vergangenen Sitzungswoche habe ich mir den Görlitzer Park angeschaut. In diesem Bezirk regieren die Grünen. Wenn man das Wahlprogramm der Grünen anschaut, könnte man meinen, sie würden das Paradies auf Erden schaffen. Dieses „Paradies“ habe ich mir genauer angeschaut. Im Park tummeln sich haufenweise Dealer südländischer Natur, die nicht davor zurückscheuen, am helllichten Tage Drogen zu verkaufen. Müll, leere Flaschen und gebrauchte Spritzen zeichnen die grüne „Idylle“. All das wird von örtlichen Behörden großzügig toleriert. Als ich mit meinem Kamerateam den Park betrat, sahen wir, wie zwei

Beamten vom Ordnungsamt einen offensichtlich unter Rausch stehenden, mit einem Messer bewaffneten Mann beruhigen wollten. Die beiden Beamten baten uns schnell, die Polizei zu rufen. Wir taten es sogleich. Das Problem: Die Polizei nahm einfach nicht den Hörer ab. Nach mehrmaligen Versuchen gaben wir auf. Das ganze Video sehen Sie hier: <https://www.youtube.com/watch?v=jnnp70GIRx4>

Wir als AfD sind gekommen, den Menschen wieder Hoffnung zu geben. Hoffnung auf ein normales Deutschland. Ich will, dass aus der Hoffnung Vertrauen zu uns erwächst. Hierfür ist jeder von uns gefragt. Wir treten nun in eine bedeutende Phase des Wahlkampfes ein, wo wir auf die Straße gehen, und Menschen begegnen, um sie von unseren Ideen zu überzeugen. Ich danke euch jetzt schon für euren Einsatz! Wir tun es gemeinsam für unsere geliebte Heimat.

### Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www www.stefhan-protschka.de

## Unglaublich: Grüne wollen die Reisefreiheit weiterhin einschränken

Es gibt keine Rechtfertigung für eine „epidemische Notlage“ in Deutschland. Dennoch verlängerte der Bundestag Mitte Juni diese willkürliche Maßnahme erneut – zunächst bis Mitte September.

Ein Parlament, das die Kontrolle der Bundesregierung zur Aufgabe hat, hätte die Notlage längst aufheben müssen, wenn es seiner Rolle gerecht werden will.

Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Regierungskoalition – unterstützt von den Grünen – entzieht 83 Millionen Menschen weiterhin elementare Grund- und Freiheitsrechte. 375 Abgeordnete stimmten für ein Fortbestehen der epidemischen Lage, 218 Parlamentarier votierten dagegen; darunter die AfD-Bundestagsfraktion. (Namentliche Abstimmung: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=746>)

All den fadenscheinigen Argumenten für die Verlängerung des Notstands setzte die Begründung der Grünen die Krone auf: Um die Reisefreiheit weiterhin einzuschränken, stimmten die Grünen für die Verlängerung. Unfassbar!

Die Grünen-Abgeordnete Rottmann betont dies explizit in ihrer Rede (ab Minute 1:29):

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7526735>

In den Mainstream-Medien wurde diese hanebüchene Äußerung übrigens weitgehend totgeschwiegen.

Ebenfalls unfassbar: Der Bundestag verlängerte die epidemische Notlage, ohne ausführlich darüber zu diskutieren. Abgeordneten von CDU/CSU und FDP war der Parteitag der Grünen wichtiger, als die Freiheit und die Bürgerrechte von 83 Millionen Menschen in unserem Land!

Meine Zwischenfrage wurde mit der Begründung abgelehnt, die Grünen müssten pünktlich zu ihrem Onlineparteitag, der am selben Tag stattfand. Wer solche Prioritäten setzt, wie Union und FDP, ist in einem Parlament eindeutig fehl am Platz! Dieses Video dokumentiert den ungeheuerlichen parlamentarischen Vorgang: <https://youtu.be/ILkMbIlUNGE>

Die Verlängerung der „epidemischen Notlage“ ist ein weiterer schwarzer Tag in die Geschichte des Deutschen Bundestages. Nur mit einer starken AfD können die selbstherrlichen Altparteien davon abgehalten werden, auch nach 2021 Politik nach Gutsherrenart zu betreiben. Es reicht!

### Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin\_Sichert

 /martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

## Null Verkehrstote: Ein sinnvolles Politikziel?

Jeder Verkehrstote ist einer zu viel – aus der Sicht der menschlichen Betroffenheit ist die Antwort schnell formuliert. In Wirklichkeit lässt sich die Zahl der Unfallopfer aber wohl nie ganz auf Null senken.

Als Ansporn für die Verkehrssicherheitsarbeit kann man ein Nullziel („Vision Zero“) formulieren, wenn man mit der Frustration umgehen kann, dass dieses Ziel immer ein Stück hinter dem Horizont liegen wird.

Man könnte ein solches Nullziel auch für Drogentote, Opfer von Badeunfällen oder Opfer von Krankenhauskeimen formulieren.

Ob die „Vision Zero“ ehrlich zugunsten der Verkehrssicherheit eingesetzt wird, oder aber hintenrum als Vehikel für eine Verbotspolitik, kann man daran messen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen sinnvoll und verhältnismäßig sind. Zum Vergleich in Sachen Badeunfälle also z.B.: mehr Rettungspersonal und bessere Aufklärung über Gefahren, aber keine Sperrung der Badeseen und keine allgemeine Schwimmwestenpflicht!

Eine Bundestagsdebatte im Mai 2021 hat gezeigt, wie einfach das Ziel der Verkehrssicherheit ideologisch missbraucht werden kann. Ein Gesetzentwurf der Grünen soll den Einbau von

elektronischen Abbiegeassistenten in Lkw fördern, um Unfälle zu vermeiden, bei denen Radfahrer unter abbiegende Lastwagen geraten. Ab Mitte 2024 ist der Abbiegeassistent in Neu-Lkw Pflicht. Nun geht es um die Bestands-Lkw.

Die Grünen wollen gleich ganze Städte für Lkw ohne diese Technik sperren, was laut Experten nicht nur Lieferketten unterbrechen würde, sondern auch EU-Recht widerspräche. Zusätzlich soll der Staat drakonische Strafen erheben und Lastwagen beschlagnahmen können, wenn unerlaubt eine Verbotszone befahren wird. Autofeindlichkeit pur!

Mehr Fördergelder für den nachträglichen Einbau der elektronischen Abbiegeassistenten, aber auch mehr Gefahrenbewusstsein der Radfahrer wären aus AfD-Sicht der bessere Weg.

Also: nur mit einem realistischen Ansatz erreicht man wirklich mehr Verkehrssicherheit. Die „Vision Zero“, längst von EU-Ebene herab zum großen Ziel erhoben, kann missbraucht werden. Es ist richtig, dass wir von der AfD Realismus anmahnen und die „Vision Zero“ als das einordnen, was sie ist: eine gut gemeinte Utopie.

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Untersuchungsausschuss Pkw-Maut
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**